

**TERMINE****Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen****Nationale Gesetze (laufende Verfahren)****Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG)**

- zustimmungsfrei -

- Krankenhausplanung nach bundeseinheitlichen Leistungsgruppen auf Basis des NRW-Modells
- Einführung einer Vorhaltevergütung
- Regelungen zu sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen
- Etablierung eines Transformationsfonds zum Umbau der Krankenhauslandschaft
- Liquiditätssicherung für Krankenhäuser (Vollfinanzierung Tariflohnsteigerungen, volle Berücksichtigung des Orientierungswertes)
- Umstieg von Einzelfall- hin zu stichprobenartiger Abrechnungsprüfung

08.05.2024	Kabinettsbeschluss
13.03.2024	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
13.11.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
27.09.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
19.09.2023	Arbeitsentwurf Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
10.07.2023	Gemeinsame Eckpunkte von Bund und Ländern
06.12.2022	Stellungnahme der Regierungskommission „Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“

**Medizinforschungsgesetz (MFG)**

- zustimmungsfrei -

- Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für klinische Prüfungen und des Zulassungsverfahrens von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- Möglichkeit für pharmazeutische Unternehmen zur Vereinbarung vertraulicher Erstattungsbeträge bei Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen

vsl. 17.05.2024	1. Durchgang Bundesrat
27.03.2024	Kabinettsbeschluss
20.02.2024	Verbändeanhörung BMG
17.01.2024	Referentenentwurf

**Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG)**

- zustimmungsfrei -

- Entbudgetierung der hausärztlichen Versorgung
- Vorhaltepauschalen sowie Versorgungspauschalen für Arztpraxen, die Patienten mit chronischen Erkrankungen behandeln
- Verpflichtender Bonus für Versicherte, die an der HzV teilnehmen

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ GKV-Spitzenverband soll verpflichtende Vorgaben zur Transparenz über die Servicequalität machen, bspw. hinsichtlich der Bearbeitungsdauer von Anträgen der Kassen</li> <li>▪ Einführung einer Bagatellgrenze bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung in Höhe von 300 Euro</li> </ul>
12.04.2024	Referentenentwurf
21.03.2024	Überarbeiteter Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
09.01.2024	Vorstellung Maßnahmenpaket
19.12.2023	Überarbeiteter Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
15.06.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)

### Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- zustimmungspflichtig -

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung</li> <li>▪ Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet</li> </ul>
10.04.2024	Anrufung Vermittlungsausschuss
22.03.2024	2. Durchgang Bundesrat – keine Zustimmung
23.02.2024	2./3. Lesung Bundestag
21.02.2024	Beschluss im Ausschuss für Inneres und Heimat
09.10.2023	Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat
20.09.2023	1. Lesung Bundestag
07.07.2023	1. Durchgang Bundesrat
24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf

### Haushaltsgesetz 2025

- zustimmungsfrei -

Ende Dezember 2024	Verkündung im Bundesgesetzblatt
20.12.2024	2. Durchgang Bundesrat
25.11. – 29.11.2024	2./3. Lesung Bundestag
14.11.2024	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
25.09. – 14.11.2024	Beratungen im Haushaltsausschuss
27.09.2024	1. Durchgang Bundesrat
10.09. – 13.09.2024	1. Lesung Bundestag
03.07.2024	Kabinettsbeschluss RegE 2025 und Finanzplan bis 2028
02.05.2024	Frist Ressortanmeldungen
07.03.2024	Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 und des neuen Finanzplans 2026 bis 2028

**Reform der Notfallversorgung**

- Ausbau der Terminservicestellen und Vernetzung mit den Rettungsleitstellen
- Bundesweite Vereinheitlichung der notdienstlichen Akutversorgung, Anpassung Sicherstellungsauftrag KVen
- Flächendeckende Einrichtung Integrierter Notfallzentren

15.01.2024	Eckpunkte
07.09.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ vor
13.02.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme “Reform der Notfall- und Akutversorgung: Integrierte Notfallzentren und integrierte Leitstellen” vor

**Gesetz zur Reform der Berufe in der Physiotherapie  
(Physiotherapieberufereformgesetz – PhyThBRefG)**

- zustimmungsfrei -

- Umfassende Reform der Physiotherapieausbildung, inklusive Teilakademisierung der Berufe in der Physiotherapie

21.12.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

**Apothekenhonorar- und Apothekenstrukturreform**

- Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch:
  - Honoraranreize für Apotheken in ländlichen Regionen, gerechtere Verteilung der Honorare (u. a. Erhöhung der Notdienstpauschale)
  - Einführung Telepharmazie
  - Neue Aufgaben in der Versorgung (etwa bei Prävention und Früherkennung)
- Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung

20.12.2023	Eckpunkte
------------	-----------

**Pflegekompetenzgesetz**

- Etablierung des Berufsbildes Advanced Practice Nurse: eigenständige Ausübung von Heilkunde in ärztlich oder pflegegeleiteten Einrichtungen
- Erweiterung der Befugnisse für Pflegefachpersonen (z. B. häusliche Krankenpflege, Empfehlung von Pflegehilfsmitteln)
- Aufhebung der verpflichtenden Modellprojekte zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten an Pflegekräfte
- Erprobung der Pflegebegutachtung in der Langzeitpflege und beim Entlassmanagement im Krankenhaus durch Pflegefachpersonen statt durch den Medizinischen Dienst (MD)
- Einführung eines pflegegradunabhängigen Anspruchs auf Pflegeprozesssteuerung durch Pflegefachpersonen
- Etablierung einer berufsständischen Vertretung auf Bundesebene

19.12.2023	Eckpunkte
------------	-----------

**Bürokratieabbau im Gesundheitswesen**

- Pflicht zur Vorlage der AU-Bescheinigung bei Erkrankung des Kindes erst ab dem 4. Tag
- Abschaffung der Krankenhausabrechnungsprüfung in der stationären Kinder- und Jugendmedizin
- Maßnahmen zum Bürokratieabbau in der Hilfsmittelversorgung (u. a. Anpassung der Hilfsmittelverträge der Krankenkassen, teilweise Abschaffung der Präqualifizierung)

07.11.2023	Eckpunkte
------------	-----------

### Gesetz zur Regelung der Nachfolge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BIPAM-Errichtungsgesetz)

- Überführung der BZgA zum 01.01.2025 in ein neues Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) als koordinierende und steuernde Institution für die Öffentliche Gesundheit auf Bundesebene
- Neuverteilung der Arbeitsschwerpunkte: BIPAM befasst sich mit nicht-übertragbaren Krankheiten, Robert Koch-Institut (RKI) mit übertragbaren Krankheiten

16.10.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
03.10.2023	Eckpunkte

### Gesundes-Herz-Gesetz (Früherkennung und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen)

- Erweiterungen der Kinder- und Jugendlichen-Früherkennungsprogramme - bspw. um Lipid-Screenings.
- Früherkennung bei Erwachsenen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Apotheken mittels Voucher.
- Anpassung der Check-up 25, -35, und 50-Untersuchungen.

05.10.2023	Impulspapier „Früherkennung und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen“
------------	---

## Nationale Verordnungen (laufende Verfahren)

### Verordnung über die Maßstäbe und Grundsätze für die Bemessung des Personalbedarfs in der stationären Krankenpflege

#### (Pflegepersonalbemessungsverordnung – PPBV)

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Regelung der Personalbemessung auf Normalstationen für Kinder und Erwachsene und Intensivstationen für Kinder
- Übermittlung der erhobenen Daten an das InEK

01.06.2024	Inkrafttreten
26.04.2024	Durchgang Bundesrat
26.10.2023	Referentenentwurf

### Dritte Verordnung zur Änderung medizinproduktrechtlicher Vorschriften

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Anwendungsbereich der Verordnung wird erweitert
- Reduzierung des Dokumentations- und Prüfaufwandes bei risikoarmen, durch die Krankenkassen bereitgestellten Produkten
- Für Produkte in Form einer Software mit erhöhtem Risikopotenzial werden Prüfvorgaben eingeführt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
20.10.2023	Referentenentwurf

## EU-Gesetzgebung

### EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
  - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
  - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
  - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
  - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
  - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

10.04.2024	Beschluss EP-Position zum Pharmapaket
19.03.2024	Annahme Änderungsanträge zum Pharmapaket im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP
13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

## Kürzlich in Kraft getretene Gesetze

### Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG)

- zustimmungsfrei -

- Regelung der legalen Mitführung und Heimanbau von begrenzten Mengen Konsumcannabis zum nicht-medizinischen Eigengebrauch
- Erlaubnis von gemeinschaftlichen, nicht-gewerblichen Anbauvereinigungen (sog. Social Clubs)

01.04.2024	Inkrafttreten
22.03.2024	2. Durchgang Bundesrat
23.02.2024	2./3. Lesung Bundestag
06.11.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
18.10.2023	1. Lesung Bundestag
29.09.2023	1. Durchgang Bundesrat
16.08.2023	Kabinettsbeschluss
05.07.2023	Referentenentwurf
28.04.2023	Arbeitsentwurf
12.04.2023	Neue Eckpunkte der Bundesregierung
25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung

## Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)

- zustimmungsfrei -

- Maßnahmen zur kurzfristigen Liquiditätssicherung der Krankenhäuser
- Einführung eines Krankenhaus-Transparenzverzeichnis
- IQTIG als Betreiber des Verzeichnisses
- Datenerhebung und Zuordnung der Krankenhäuser zu Leveln durch das InEK

28.03.2024	Inkrafttreten
22.03.2024	Zustimmung Bundesrat
21.02.2024	Sitzung des Vermittlungsausschusses
24.11.2023	Bundesrat - Anrufung Vermittlungsausschuss
19.10.2023	2./3. Lesung Bundestag
27.09.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
21.09.2023	1. Lesung Bundestag
13.09.2023	Kabinettsbeschluss (Formulierungshilfe)
30.08.2023	Verbändeanhörung BMG
11.08.2023	Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP